

## «Baselbieter wollen Ausstieg»

FDP diskutierte über das Klima

Von Daniel Aenishänlin

**Füllinsdorf.** Eberhard Parlow kam nicht nach Füllinsdorf, um Entwarnung zu geben. Im Gegenteil. Zusammen mit Urs Steiner, dem CEO der Elektra Baselland (EBL), referierte der Professor der Universität Basel über den Klimawandel und die Energiewende. Geladen hatte Dominique Beurret, Präsident der Fachkommission Energie und Umwelt der Baselbieter FDP.

Die rund 30 Gäste im Seniorenzentrum Schönthal forderte Beurret auf, das eigene Konsumverhalten kritisch zu betrachten und nicht bedenkenlos zu konsumieren. Selbstverständlich gebe es mächtige Player im Markt, die kein Interesse an einer Energiewende oder sinkendem Konsum hätten. Nicht zuletzt durch ihren Einfluss auf die Medien würden sie diese Interessen vertreten. «Wir werden manipuliert», fasste Beurret zusammen.

### Die Rolle der Politik

Bereits seit 30 Jahren sei die Energiewende für die EBL ein Thema. «Für uns brauchte es kein Fukushima», spitzte Urs Steiner zu, indem er an die Nuklearkatastrophe von 2011 erinnerte. Wie schnell die Energiewende vollzogen werden könne, hänge nicht unwesentlich von der Politik ab. Sie spiele eine grosse Rolle. «Die Baselbieter wollen den Ausstieg aus der Kernenergie», sagte Urs Steiner dezidiert, «dazu brauchen wir aber noch 20 bis 30 Jahre.»

Noch immer auf dem Zettel hat Steiner die Geothermie, auch wenn die Bohrung der Geopower Basel AG vor acht Jahren zu Beben statt Erfolg geführt hatte. Die Firma befindet sich inzwischen in Liquidation, das Know-how jedoch ist in eine neue Firma eingeflossen. «In drei Jahren könnte ein erneuter Versuch möglich sein», berichtete Urs Steiner.

### Langwierige Planung

Natürlich habe Geld stets einen gewichtigen Einfluss auf Projekte der EBL. «Im Rahmen unserer Finanzkraft setzen wir die Energiewende konsequent um», schränkte Steiner ein. Mindestens ebenso viel Einfluss hätten politische und persönliche Widerstände. «Alle wollen erneuerbare Energien, nur nicht vor der eigenen Haustüre», beschrieb Steiner seine Erfahrungen am Beispiel des geplanten kleinen Wasserkraftwerks an der Birs in Zwingen. Vor neun Jahren begann die Planung, Anfang September wurde die Bewilligung wegen bundesrechtswidrigem Verfahren wieder zurückgezogen. «In 13 Jahren wissen wir mehr», bemerkte Urs Steiner sarkastisch, «leider unterwandern gerade Umweltschutzverbände oft unsere Bestrebungen.»

Eberhard Parlow fiel die Rolle des Wissenschaftlers zu, der die Argumente für den Klimawandel und der daraus folgenden Energiewende ausbreitete. Je nachdem wie sich der Mensch ab jetzt verhalte, sagte er einen Temperaturanstieg zwischen 1,1 und 6,4 Grad bis 2095 voraus. Damit könnte der Mittelmeerraum so trocken werden, dass Wein und Oliven in andere Gebiete vertrieben werden. Parlow, Leiter des Instituts für Meteorologie, Klimatologie und Fernerkundung an der Uni Basel, sieht auch Tragödien im Anzug. Ein nicht zu unterschätzendes Problem für die Menschheit werde in naher Zukunft der Meeresspiegelanstieg sein. Dieser vertreibe die ansässige Bevölkerung. «In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wird das zu grossen Flüchtlingsströmen führen.»

ANZEIGE

**Die politische Struktur muss sich der wirtschaftlichen und sozialen Realität anpassen.**

Marc Bürgi  
Landrat, Pratteln

**Kantonsfusion prüfen: Ja**



# Das Kantonsspital bekommt Probleme

GLP-Landrat Gerhard Schafroth fordert nach dem Zürcher Spitaltarif-Urteil Konsequenzen

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Es ist ein Urteil, dessen Reichweite über den Kanton Zürich hinausgehen dürfte und das möglicherweise auch den Kanton Baselland betrifft. Ende letzter Woche hat das Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen die Spitaltarife für die nichtuniversitären Zürcher Spitäler, wie sie die Kantonsregierung festgelegt hat, gutgeheissen und die Beschwerden der Stadt Zürich einerseits und der Krankenversicherung andererseits in diesem Punkt abgewiesen. Damit ist klar, dass der Regierungsrat die Kompetenz hat, die Fallpauschalen, gemäss denen die Spitäler für die Behandlung von Akutpatienten zu bezahlen sind, die sogenannte Basisrate, festzulegen.

Der Zürcher Regierungsrat hatte im März 2013 die Basisrate auf 9480 Franken festgelegt. Dies, nachdem sich Spitäler und Versicherer nicht auf einen Tarifvertrag hatten einigen können. Dagegen wehrte sich die Stadt Zürich als Trägerin der Spitäler Triemli und Waid sowie mehrere Krankenversicherer. Dabei war der Stadt der Tarif zu tief und den Versicherern zu hoch.

Mit den 9480 Franken liegt Zürich über 600 Franken unter der Basisrate des Kantonsspitals Baselland in der Höhe von 10130 Franken. Für den Baselbieter Finanzpolitiker und GLP-Landrat Gerhard Schafroth veränderte sich mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts daher auch die Ausgangslage des Kantons Baselland bei der Festlegung der Basisrate der öffentlichen und privaten Spitäler. «Denn», so Schafroth, «gemäss diesem Urteil hat die Regierung das Recht und die Pflicht, die Basisrate auf ein möglichst tiefes Niveau festzulegen und damit die Interessen der Kantonsfinanzen und der Prämienzahler bestmöglich zu vertreten.»

### Dringliche Interpellation

Schafroth hat daher bereits eine Interpellation formuliert, welche er bei der nächsten Landratssitzung von kommender Woche als dringlich erklärt und beantwortet haben will. Darin verlangt der Liestaler zuerst einmal eine Begründung der Baselbieter Basisrate in der Höhe von 10130 Franken. Dies auch angesichts der Tatsache, dass der Regierungsrat anlässlich der Verselbstständigung der Kantonsspitäler im Jahr 2011

den Tarif auf 8200 bis 8600 Franken geschätzt hatte und für das Spital Liestal allein sogar auf einen Wert unter 8000 Franken gekommen war.

Schafroth geht davon aus, zur Sicherstellung einer ausreichenden medizinischen Versorgung durch effizient arbeitende Spitäler genüge ein deutlich tiefer liegender Tarif. Er weist dabei auf den Preisüberwacher, der für Zürich 9000 und für Bern 8500 Franken verlangt hat. Entsprechend will der grünliberale Landrat vom Regierungsrat wissen, mit welcher Entlastung die angeschlagenen Baselbieter Kantonsfinanzen bei einer Basisrate von 9000 Franken rechnen könnten, und in welchem Umfang sich die Krankenkassenprämien reduzieren würden. Schätzungsweise geht Schafroth nämlich von einer Einsparung von 25 bis 30 Millionen Franken und einer Prämienreduktion von sechs Prozent aus.

Und Schafroth geht noch einen Schritt weiter. Er fragt nach den Konsequenzen einer Basisrate von 9000 Franken für die drei Kantonsspitäler Liestal, Bruderholz und Laufen. Dabei hat er insbesondere die Entwicklungsfähigkeit von Laufen und Bruderholz – die er

unter den heutigen Bedingungen für ineffizient hält – durch eine Neuausrichtung ihres Angebots im Visier. Abschliessend wird die Frage gestellt, was der Regierungsrat aufgrund der durch das Urteil veränderten finanziellen Ausgangslage «betreffend Spitalplanung und -finanzierung» konkret zu unternehmen gedenkt und wann.

### Nur bedingt vergleichbar

Auf der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) hat man das Urteil aus St. Gallen zur Kenntnis genommen und ist dabei, dieses zu analysieren. «Die Vergleichbarkeit mit Baselland ist aber nur bedingt gegeben», erklärt VGD-Sprecher Rolf Wirz. So absorbiere in Zürich das vom Tarif ausgenommene Universitätsspital die komplexen und kostenintensiven Fälle, welche man in den Baselbieter Spitäler aber habe. Auch sei anders als in Zürich ein Benchmarking von 14 Spitalern im Kanton nicht möglich. Stattdessen müsse, so der VGD-Sprecher, das Baselbiet die Vergleiche mit anderen Kanton wie Aargau, Solothurn oder Bern anstellen. «Und da liegen wir im Mittelfeld», sagt Rolf Wirz.

## Die Charmeoffensive des Jürg Aebi

Der neue CEO startet eine Imagekampagne für sein Kantonsspital Baselland



Computerspiele im OP. Wer mit dem Operationsroboter Da Vinci den Patienten behandeln will, muss erst digital seine Geschicklichkeit üben. Foto Stefan Leimer

Von Joël Hoffmann

**Liestal.** Spitäler stehen im Verdacht, schuld an den stets steigenden Gesundheitskosten zu sein. So auch das Kantonsspital Baselland (KSBL), das eine zu hohe Basisrate für die Abrechnung der Fallpauschalen haben soll (siehe oben). Doch niemand blickt wirklich durch das Dickicht von Finanzströmen, Zuständigkeiten und teurer, hochspezialisierter Medizin. «Wir wollen uns öffnen gegenüber Politik und Medien», sagt darum der neue CEO des Kantonsspitals Baselland (KSBL). Jürg Aebi läutete gestern vor den regionalen Medien den Start zu einer Imagekampagne ein – unter dem Titel «Das KSBL öffnet sich». Er möchte, dass dieses in der Öffentlichkeit nicht als Kostentreiber wahrgenommen wird, sondern als Spital, das hochtechnologische Spitzenmedizin anbietet, die dem Patienten die beste Rundumbetreuung bieten kann.

Aebi Charmeoffensive hat mehrere Gründe: Zum einen steht das KSBL in einem umkämpften Umfeld. Durch die Patientenfreizügigkeit stehen die Häuser in Konkurrenz um die Patienten – 600 Patienten habe das KSBL im letzten

Jahr verloren. Auf nationaler Ebene sollen die Fallzahlen für noch genau zu definierende Spitzenmedizin erhöht werden: Wer zu wenig Patienten hat, darf einige Eingriffe nicht mehr durchführen. Der gestrige Medienrundgang war denn auch eine Art Waffenschau. Und diese Geräte sollen mehr Patienten ins KSBL locken: Da wäre das PET-CT. Nuklear markierte Zuckermoleküle werden dem Patienten gespritzt. Die



Jürg Aebi.

Zuckermoleküle binden sich im Tumor. Unter dem PET-CT wird der Tumor schärfer sichtbar als bei einem normalen Computertomografen. Die digitale Aufnahme kann in den OP-Saal geschickt werden. Dort steht der Da-Vinci-Operationsroboter, mit dem der Chirurg sogar eine Traube schälen kann. Das bis zu zwei Millionen Franken teure Gerät bedient der Chirurg über einen 3-D-Bildschirm. Das Tumorbild des PET-CT kann auf den Bildschirm überspielt werden, sodass der

Arzt den ganzen Tumor wegschnippeln kann – auch die Überbleibsel, die man mit blossen Auge nicht sehen kann.

Ein weiterer Grund für die losen Infoveranstaltungen waren die Turbulenzen um die massiven Abgänge von Ärzten. CEO Aebi betont, dass man alle Stellen wieder mit Spitzenleuten besetzt habe. Er nutzt die Imagekampagne, um sein Profil bekannt zu machen.

### Wiedereinstieg für Mütter

Nun, Aebi hat zumindest eine Vision: «Ich möchte, dass wir zu den besten Spitalern der Nordwestschweiz gehören», sagt er – wohl wissend, dass dies heute nicht der Fall ist. Weiter soll das KSBL die «erste Adresse» für Patienten aus dem Baselbiet werden. Und drittens will er sich mit anderen Zentrums-spitalern messen. Die Kritik, dass das KSBL eine zu hohe Basisrate habe, weist er zurück, weil man eben kein Regionalspital sei, sondern ein Zentrumsspital wie Baden, Aarau, Luzern oder St. Gallen. Darum sei eine etwas höhere Basisrate für die Berechnung der Fallpauschalen legitim.

Erreichen möchte der CEO seine Ziele über ein Fünf-Punkte-Programm.

Da wäre das sogenannte Lean Hospital, also eine Organisation der Pflege, die die Pflegenden von administrativen Arbeiten entlastet und stärker am Patienten orientiert ist. Zweitens will Aebi näher mit Hausärzten und privaten Spezialisten den Kontakt pflegen, sodass diese mehr Patienten dem KSBL zuweisen. Bald schon soll am KSBL ein universitäres Institut für Hausarztmedizin eröffnet werden.

Drittens will Aebi ein attraktiver Arbeitgeber sein, der insbesondere Wiedereinstiegsprogramme anbietet, sodass etwa Pflegenden, die wegen der Familie eine Auszeit genommen haben, wieder in den Job einsteigen können. Ferner seien die Verhandlungen für einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) bald abgeschlossen. 2016 soll ein GAV unterschrieben werden. Viertens will Aebi nicht mehr Gebäude für 100 Jahre bauen, sondern modulare Bauten, die nach 30 Jahren erneuert werden können. Fünftens sucht er verstärkt die Kooperation über die Kantonsgrenze hinaus. Dabei denkt er beispielsweise an gemeinsame Einkäufe von Material und gemeinsame Logistik. So liessen sich gemäss Aebi Kosten einsparen.